

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 80 38/39
Telex: 886846 ppbn d
Telefax: 21 0664

Inhalt

Walter Kolbow MdB zur Stoltenberg-Information über die Standort-Konversion: Abrüstungsfolgen erforschen.

Seite 1

Hans Eichel zur Erinnerung an den einstigen hessischen Landesvater, der jetzt 90 Jahre geworden wäre: Georg August Zinn, ein großes Vorbild.

Seite 2

Prof. Dr. Uwe Holtz MdB zur Sozialenzyklika von Johannes Paul II.: Kein Gütesiegel für die freien Kräfte des Marktes.

Seite 3

Heidemarie Wieczorek-Zeul MdB zur ersten Negativbilanz der Ministerin für Familie und Senioren: Was tun, Frau Rönsch?!

Seite 4

Klaus Wettig MdEP zum Verbot der Tabakwerbung: Rettet die Marlboro-Männer.

Seite 6

46. Jahrgang / 97

24. Mai 1991

Abrüstungsfolgen erforschen

Zur Stoltenberg-Information über die Standort-Konversion

Von Hans Kolbow MdB

Verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Endlich ist heute Verteidigungsminister Stoltenberg seiner Verpflichtung nachgekommen, die Stationierungsplanung der Bundeswehr auch dem zuständigen Parlamentarischen Fachausschuß, dem Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages, bekanntzugeben.

Dies wurde seit Monaten von der SPD gefordert. Bislang konnten die für den Bereich der Bundeswehr zuständigen Parlamentarier alles Wissenswerte im wesentlichen nur aus den Medien erfahren.

Die SPD-Bundestagsfraktion wird die umfangreiche Planungsgrundlage über die künftige Stationierung der Bundeswehr sorgfältig prüfen und bewerten. Zahlreiche Soldaten und zivile Mitarbeiter sind mit ihren Familien in der Lebensplanung ebenso betroffen, wie die Kommunen und Regionen in ihrer Wirtschaftskraft und dem gesellschaftlichen Leben.

Dringlich ist, daß nun endlich der Forderung der SPD nachgekommen wird, einen Unterausschuß zur Bewältigung der Abrüstungsfolgen einzurichten, der den Umstrukturierungsprozeß in den Streitkräften und den betroffenen Regionen parlamentarisch begleitet und die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen abfedert.

Es ist höchst bedauerlich, daß das Parlament und die Betroffenen so spät informiert werden, obwohl der Rahmen für die Entscheidungen schon vor einem Jahr abgesteckt worden ist. Besondere Kritik übt die SPD daran, daß außerhalb der militärischen Führung keinerlei Beteiligung an dem Entscheidungsprozeß stattgefunden hat, wenn man einmal davon absieht, daß die gesetzte Frist von einem Monat vermutlich zu kurz ist, um sachgerechte Alternativen vorzuschlagen.

Als Fazit bleibt die Kritik der SPD an Minister Stoltenberg über den Stil und die Form der politischen Auseinandersetzung um die Stationierung der Bundeswehr.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Haussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit zuzügl. MwSt und Versand.

Verantwortlicher Umgang
mit wertvollen Rohstoffen:
Recycling-Papier



Nur durch die Beantragung einer Sondersitzung des Verteidigungsausschusses konnte dem Recht des Parlamentes auf Information durch die Regierung Geltung verschafft werden: dies stellt eine arge Verletzung der Spielregeln im politischen Umgang mit der Legislative dar, Herr Stoltenberg!

Gespannt sein darf man, ob auch Verteidigungsminister Stoltenberg die Abrüstungsfolgen im Amt überstehen wird. Die gewöhnlich gutinformierten Spatzen pfeifen als Nachfolger schon Herrn Rühle von den Bonner Dächern.

(-/24. Mai 1991/rs/fr)

Georg August Zinn, ein großes Vorbild

Zur Erinnerung an den einstigen hessischen Landesvater, der jetzt 90 Jahre geworden wäre

Von Hans Eichel
Ministerpräsident des Landes Hessen

"Hessen ist ein Land an einer blutenden Grenze", sagte Georg August Zinn 1963 während einer Rede im Wiesbadener Landtag. Georg August Zinn wäre am 27. Mai 90 Jahre alt geworden. Heute, nach der Vereinigung Deutschlands, ist die Politik des langjährigen hessischen Ministerpräsidenten und Justizministers aktueller denn je. Die großen Leistungen Zinns, die Integration der Menschen in ihrem Land und der Aufbau einer rechtsstaatlichen Justiz, müssen in den fünf neuen Bundesländern und damit in ganz Deutschland noch einmal erbracht werden.

Nach der Befreiung vom Nationalsozialismus gewann Zinn die gebürtigen Hessen und 1,2 Millionen Heimatvertriebene für seine Politik einer demokratischen Gesellschaft im "freiheitlichen und humanistischen Sinn". Freiheit und Sozialismus waren für Georg August Zinn eins. Der freiheitlichen, rechts- und sozialstaatlichen Demokratie gab er als Jurist und Mitglied sowohl der Verfassungsberatenden Versammlung in Hessen als auch des Parlamentarischen Rats deutliche Konturen. "Demokratie kann ohne soziale Toleranz nicht existieren: In einem Staate, in dem der Wirtschaftsstarke den Wirtschaftsschwachen unterdrückt, kann eine Demokratie niemals verwirklicht werden", sagte Zinn 1946 vor Mitgliedern der Gewerkschaftsjugend.

Der Sozialdemokrat Zinn orientierte seine Politik als hessischer Ministerpräsident (1950 bis 1969) und als Justizminister (1945 bis 1963) stets am Recht. Nur eine rechtliche Bindung der politischen Machtausübung gab ihm die Gewähr dafür, daß der demokratische Staat zu einer menschenwürdigen Ordnung führte. In seiner Rechtspolitik stand deshalb in den ersten Jahren nach der Gründung des Landes der Aufbau einer Rechtspflege, "die die Freiheit gewährleistet, die Gerechtigkeit übt und die Menschlichkeit zur Richtschnur nimmt", im Vordergrund.

Georg August Zinn hat die Entwicklung des Landes Hessen geprägt wie kein anderer; die Position Hessens unter den deutschen Bundesländern wäre ohne sein Wirken und ohne seine politische Weitsicht nicht denkbar. Heute, wenn wir seiner zum 90. Geburtstag gedenken, erinnern wir uns in Hessen an die Pflicht, seinen Weg weiter zu gehen, seine Politik unter dem Vor-

zeichen einer veränderten Welt fortzusetzen und Hessen als ein freiheitliches, fortschrittliches und soziales Land in eine gute Zukunft zu führen

(-/24. Mai 1991/rs/fr)

Kein Gütesiegel für die freien Kräfte des Marktes
Zur Sozialenzyklika von Johannes Paul II.

Von Prof. Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit des Deutschen Bundestages

Fast genau zum 100. Geburtstag des Erscheinens von 'rerum novarum', der ersten Sozialenzyklika der katholischen Kirche, hat Papst Johannes Paul II. jetzt mit 'centesimus annus' ein bemerkenswertes Rundschreiben zur Weltlage nach dem Zerfall der ideologischen Blöcke vorgelegt. In dieser 9. Enzyklika seiner Amtszeit zieht er Bilanz aus dem Zusammenbruch der Systeme des sogenannten 'realen Sozialismus' und gibt weitreichende Orientierungen für eine neue Welt- und Wirtschaftsordnung, die den Ansprüchen einer glaubwürdigen 'Humanökologie' gerecht wird. Ins Auge fällt dabei vor allem die Vehemenz, mit der der Selbstgerechtigkeit und dem Triumphgeheul der 'historischen Sieger', den westlichen, marktwirtschaftlich orientierten Industriegesellschaften entgegengetreten wird.

Mit dem Scheitern der kommunistischen Regime ist den freien Kräften des Marktes noch kein generelles Gütesiegel ausgestellt worden. Dies ist eine zentrale Botschaft des Textes. So lesen sich die ordnungspolitischen Passagen der Enzyklika weitgehend wie ein Plädoyer für die soziale und ökologische Marktwirtschaft. Ebenso deutlich, wie Johannes Paul II. die positive Rolle des Marktes, der Unternehmen und des Privateigentums für die freie Aktivität des Menschen im Bereich der Wirtschaft anerkennt, unterstreicht er auch die Aufgabe des Staates, 'für die Verteidigung und den Schutz jener gemeinsamen Güter wie die natürlich und die menschliche Umwelt zu sorgen, deren Bewahrung von Marktmechanismen allein nicht gewährleistet werden kann.'

Besonders bemerkenswert ist die Tatsache, daß die Enzyklika dabei nicht auf der einzelstaatlichen Ebene stehenbleibt, sondern angesichts der zunehmenden Internationalisierung der Wirtschaft auch für den zwischenstaatlichen Bereich 'wirksame internationale Kontroll- und Koordinationsorgane' einfordert, 'die die Wirtschaft auf das Gemeinwohl hinlenken'. Auch wenn das Nord-Süd-Gefälle nicht als Schwerpunktthema von 'centesimus annus' bezeichnet werden kann, so wird doch hier einmal mehr hervorgehoben, daß die internationale soziale Frage zu den drängendsten Herausforderungen für die Weltgemeinschaft gehört.

Klar spricht der Papst aus, daß die solidarische Hilfe für die ehemals kommunistischen Länder in Mittel- und Osteuropa nicht zu einer Vernachlässigung der sogenannten Dritten Welt führen darf, und er unterstreicht, daß durch den Abbau des im Zuge der Ost-West-Konfrontation entstandenen Militärpotentials hierfür gewaltige Mittel verfügbar gemacht werden können. Darüber hinaus setzt er sich dafür ein, 'das Prinzip der Rüstungskontrolle und der Rüstungsbeschränkungen in Verbindung mit geeigneten Maßnahmen gegen den Waffenhandel auch in den Ländern der Dritten Welt anzuwenden'. Auch zur Auslandsverschuldung der ärmsten Länder findet der Papst nach vorne weisende Worte: 'Der Grundsatz, daß die Schulden gezahlt werden müssen, ist sicher richtig. Er ist jedoch nicht erlaubt, eine Zahlung einzufordern oder zu beanspruchen, die ganze Völker in den Hunger und in die Verzweiflung treiben würde'. In diesem Sinne plädiert die Enzyklika für geeignete Maßnahmen der Schuldenerleichterung, der Schuldenstundung oder Schuldentilgung.

Insgesamt wird ein Zusammenhang zwischen internationalem Wirtschaftsgefüge - und dabei auch der Frage des 'gerechten Zugangs' zum Weltmarkt für die Länder der Dritten Welt -, Frie-

denssicherung, Erhaltung der natürlichen Umwelt und weitweiter Entwicklung hergestellt, der Weitblick offenbart und politische Weichenstellung für die Aufgabe einer weltweiten Zusammenarbeit für die Entwicklung vorgibt. Die deutsche Sozialdemokratie kann sich in ihren Vorstellungen bestärkt fühlen.

Als Desideratum nennt die Enzyklika die Ausarbeitung eines - und dies verstehe ich als eine Forderung auch an die SPD - "wirksamen Instrumentariums zur Lösung internationaler Konflikte" im Rahmen der Vereinten Nationen. Im ganzen bietet centesimus annus eine erfreulich klare Analyse der gegenwärtig herrschenden Weltverhältnisse. Dabei werden wichtige Grundsätze für eine zukünftige neue Weltordnung, die sich einer sozial gerechten und ökologisch verträglichen, menschenwürdigen Entwicklung verpflichtet weiß, herausgearbeitet. Es liegt an der Politik, diese umzusetzen.

(-/24. Mai 1991/rs/fr)

Was tun, Frau Rönsch?!

Zur ersten Negativbilanz der Ministerin für Familie und Senioren

**Von Heldemarie Wieczorek-Zeul MdB
Mitglied des SPD-Präsidiums**

Es ist der Ministerin für Familie und Senioren nicht anzulasten, daß sie in der vom Bundeskanzler neugeschaffenen Jugend-Senioren-Familien-Frauen-Troika noch weniger Kompetenz hat, als es zuvor Ministerin Lehr für das gesamte Ressort hatte. Doch in der Politik muß Zuständigkeit und Einfluß durch Zielstrebigkeit erkämpft werden, ein Ministeramt per se reicht nicht aus. Dazu kostet es die SteuerzahlerInnen zu viel. Frauen-, familien- und auch seniorenpolitische Forderungen und Konzeptionen liegen seit Jahren auf dem Tisch und warten auf Durchsetzung und Verwirklichung.

Die bloße Schaffung eines selbständigen Bundesministeriums für Familie und Senioren ist im Gegensatz zu Frau Rönchs Meinung als politische Antwort auf die Herausforderung der demographischen, soziokulturellen und der wirtschaftlich-technischen Entwicklung in unserer Gesellschaft nicht ausreichend. Eine Ministerin und über 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können noch so fleißig sein, wenn andere Minister nicht das notwendige Geld zur Finanzierung von Projekten geben, bleibt ihre Tätigkeit eine reine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme.

Nachdem die Ministerin im Februar dieses Jahres angeblich noch keine Meinung zum Paragraph 218 hatte, so hält sie jetzt mit ihrer frauendiskriminierenden Ansicht nicht mehr hinterm Berg. Eine softere Terminologie - "Hilfsangebot" oder "obligatorische Beratung" statt "Zwangsberatung" - soll über die Absicht, den erniedrigenden Hürdenlauf für Frauen zu verschärfen, hinwegtäuschen. Obgleich sie als Ministerin auf eine schnellstmögliche Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Ost und West dringt, läßt sie es in der Frage des Paragraphen 218 auf einen Vertrauensabbruch ankommen, nicht nur mit ihrer Kollegin Merkel und den betroffenen Frauen aus den neuen Ländern, sondern auch mit den Frauen der eigenen Koalitionsfraktionen.

Eine der Festlegungen des Einigungsvertrages ist es, ein umfassendes Beratungsnetz für Frauen auch in den neuen Bundesländern aufzubauen. Warum läßt sie dann zu, daß das dort bereits bestehende Netz der Beratungsstellen zerfällt, obwohl der Bundestag für 1990 für die Beratung Schwangerer acht Millionen DM bereitgestellt hatte?

Die Vorstellungen der Ministerin bleiben weit hinter den schon seit Jahren erarbeiteten Vorschlägen von Fach-Frauen und -Männern für eine frauenfreundliche Lösung zurück: "Hilfe statt Strafe" gemeinsam mit Sexualerziehung und Sexualaufklärung. Frauen in Ost und West brauchen keine neuen Vormünder, sondern eine klare und deutliche Anerkennung ihrer Lebenswirklichkeit die entsprechend klaren gesetzlichen Entsprechungen.

Wer die Familie fördern will, muß den Familienlastenausgleich von unverständlichen und un gerechten Regelungen entlasten. Zahlenspielerien reichen nicht und eine Ankündigung, einen Gesetzentwurf vorzulegen auch nicht. Die SPD fordert schon lange ein erhöhtes einheitliches Kindergeld von mindestens 200 DM monatlich für jedes Kind. Auch dies würde zu einer schnellen Angleichung der Lebensverhältnisse führen.

Auch die Forderung nach dem Recht auf einen Kindergartenplatz ist nicht neu. Gebetsmühlenartige Wiederholungen durch die zuständigen Ministerinnen sollen wohl die Bürgerinnen und Bürger glauben machen, daß es zu schwierig sei, diese Forderung Wirklichkeit werden zu lassen.

Im Namensrecht - wo endlich auch innerhalb des Kabinetts Bewegung in die bislang starre Haltung gekommen war - will die Familienministerin die Freiheit "des Einzelnen" respektiert wissen, unter dem gemeinsamen Namen, der die Einheit der Familie nach außen repräsentiere.

Statt in den ersten 100 Tagen bereits hundertfach diskutierte und formulierte Konzeptionen neu anzukündigen, hätte die Zeit sinnvoll genutzt werden können, nämlich in Zusammenarbeit mit anderen - Politikerinnen, Frauen- und Familienverbänden - zu tragfähigen, zielstrebigem und mehrheitsfähigen Lösungen für Frauen und Familien zu kommen.

Die Befindlichkeit von Frauen wird durch die Ankündigungen, Absichten und Aussagen durch die Familienministerin in allen betreffenden Fragen über die Maßen strapaziert. Die Frauen werden nicht darauf warten wollen, bis der von der Seniorenministerin angekündigte Bundesaltentplan greift.

(-/24. Mai 1991/rs/fr)

**Rettet die Marlboro-Männer
Zum Verbot der Tabak-Werbung**

Von Klaus Wettig MdEP

Zugegeben, ich habe sie immer gemocht die Tabakwerbung. Obwohl! seit Jahrzehnten anerkannter Nichtraucher, hat mir die Tabakwerbung stets gefallen, ja sogar Orientierung gegeben. Was wüßte ich von der weiten Welt ohne Peter Stuyvesant, vom Abenteuer hätte ich ohne Marlboro nie erfahren, die Wildnis wäre ohne Camel weiter unzugänglich für mich geblieben und das HB-Männchen vermittelte mir den Vorteil der Gelassenheit bei den täglichen Mißgeschicken. Nun, es ist gleich mir sicher Millionen von Nichtrauchern so gegangen.

Nun will die EG-Kommission die Tabak-Werbung verbieten. Daß ein vereintes Europa ohne Verzicht auf Gewohntes, Überkommenes nicht möglich ist, daran werden wir jetzt wieder erinnert. Vergessen hatten wir, daß seit Errichtung des gemeinsamen Agrarmarktes Neuseeland-Butter und Kentucky-Hähnchen aus den Supermarkt-Regalen verschwunden sind, weil die EG-Produkte von ihrer Konkurrenz geschützt werden sollten. Auch die finanziellen Verzicht, die wir für den Agrarmarkt als Steuerzahler üben müssen, fallen uns nur ein, wenn wieder um die Agrarpreise gestritten wird.

Die Puristen in der EG-Kommission nötigen uns mit dem Verbot der Tabakwerbung zum erstenmal zu idellem Verzicht. Im Zeichen der Vernunft, des Gesundheitsschutzes nimmt sie uns die aus der Werbung entsprungenen Mythen, zerstört sie wiedergewonnene Identität. Wie könnten wir in unserer normierten Welt vom Abenteuer erfahren, wenn es mit den Marlboro-Reitern nicht auf die Leinwand flimmerte? Schenkt uns der Camel-Mann nicht wenigstens Abenteuer-Ersatz, wenn wir seine in der Wildnis erprobte Ausrüstung kaufen? Was täten wir Aufsteiger ohne Davidoff, dessen Produkte uns helfen, mehr zu schienen als zu haben? Und auch den bedeutenden Menschen der 'Ich-rauche-gem-Serie' haben wir zu danken für die vielen Styling-Anregungen. Selbst die Partelen-Werbung konnte auf diesen kreativen Schub nicht verzichten.

Das Verbot der Tabak-Werbung bestätigt, daß wir trotz der Historiker Kohl, Mitterrand und Craxi in wichtigen politischen Ämtern in einer Zeit ohne Geschichtsbewußtsein leben. Ein konsequentes Werbeverbot muß auch Bilder von Friedrich Wilhelms Tabakkolloquium, Churchills Zigarre, Marlene Dietrichs Zigarettenspitze und Herbert Wehners Pfeife in die Archive verbannen. Von neueren imagebildenden Raucherbildern gar nicht zu reden.

Gegen diese kulturlose Aktion ist also Widerstand angesagt. Denn eines ist schon jetzt sicher: Ohne Werbung wird nicht weniger geraucht werden. Vielleicht möchte die EG-Kommission dies auch nicht, denn bei den riesigen Tabakbergen müßte sie auf Absatzförderung setzen. Schließlich hat die amerikanische Prohibition bewirkt, daß der Alkoholverbrauch gesteigert wurde. Wie heißt es doch: Was verboten ist, das macht mich gerade scharf.

(-/24. Mai 1991/rs/fr)
